

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Quick-Affäre - Weltwährungssystem - Bundesanstalt für Arbeit - Entwicklungshilfe - US- Osthandel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1972) : Kurz kommentiert: Quick-Affäre - Weltwährungssystem - Bundesanstalt für Arbeit - Entwicklungshilfe - US-Osthandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 9, pp. 447-448

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134440>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Quick-Affäre

Zur Pressefreiheit

Wer sich das Rauschen im Blätterwald unserer Presse angehört hat, das die Quick-Affäre hervorrief, wird glauben müssen, unsere Pressefreiheit sei wieder einmal bedroht gewesen. Doch wird in unserer Bundesrepublik keine Freiheit so energisch und erfolgreich wie dieses demokratische Grundrecht verteidigt. Kein Wunder – ist doch ihr Verteidiger in eigener Sache die Presse selbst, die mächtigste Institution in unserer freiheitlichen Gesellschaft. Vor niemandem zittern selbst unsere offiziellen Machthaber, die Vertreter von Legislative, Exekutive und Judikative mehr als vor den Massenmedien. So ist es eigentlich überraschend, daß in einer Zeit, da man legale Macht kaum anzuwenden wagt, dann doch noch gegen Redaktionen vorgeht, wenn strafrechtliche Verstöße vermutet werden müssen.

Kein Zweifel, die Pressefreiheit gehört zu den wichtigsten Garanten einer freiheitlichen Gesellschaft. Sie soll Machtmißbrauch verhindern. Wer jedoch kontrolliert die Kontrolleure? Wenn es richtig ist, was aus Anlaß der Quick-Affäre auch von seriöser Seite immer wieder betont wurde, daß die Pressefreiheit etwas Unteilbares sei, dann muß alles darauf ankommen, auch einen Mißbrauch dieser Freiheit, die ja ebenfalls Macht bedeutet, zu vermeiden. Von einer Selbstkontrolle der Presse ist nichts zu bemerken. Von dem Vorhandensein einer Instanz, die für eine solche Funktion vorgesehen ist, wissen wenige, und noch unbekannter ist ihr Name. Aber weshalb sollte die Selbstkontrolle hier besser funktionieren als in anderen Bereichen unserer sich auflösenden Gesellschaft?

So ist es wohl unvermeidlich, daß sich die Pressefreiheit – ursprünglich gedacht als fundamentale Voraussetzung einer freiheitlichen Gesellschaft – bei uns immer mehr zur Ideologie eines nur kommerzialistisch gebundenen Tun-und-Lassen-Könnens von Journalisten und Zeitungsverlegern entartet. hdo

Weltwährungssystem

Restauration in Gold

Falls die Gerüchte zutreffen, wird der IWF in einem Memorandum zur Reform des Weltwährungssystems seinen Mitgliedern auf der Jahresversammlung Ende September u. a. eine Verdoppelung bis Verdreifachung des offiziellen Goldpreises empfehlen. Damit scheint sich im IWF die Haltung der Franzosen und Italiener gegenüber den Amerikanern durchgesetzt zu haben.

Eine Angleichung des offiziellen Goldpreises an den Marktpreis des Warengoldes ist zwar unausweichlich, wenn Gold als Reservemedium wieder fungibel werden soll. Doch warum will man das Währungssystem erneut an ein Metall ketten, das sich zur Saldenfinanzierung einer eng verflochtenen, arbeitsteiligen Weltwirtschaft als nur bedingt tauglich erwiesen hat? im Gegensatz zu einer Währung, die ein abstraktes, an kein Material gebundenes Schuldverhältnis darstellt, ist Gold nämlich eine Ware. Die abstrakte Funktion eines Verrechnungsmittels aber an ein materielles Tauschobjekt zu binden, ist heute nicht nur überflüssig, sondern in einem modernen Währungssystem auch ein Anachronismus.

Gerade der Warencharakter scheint jedoch das Gold als Währungsreserve so attraktiv zu machen. Der trügerische Glaube an einen in sich selbst begründeten Wert des Goldes sowie die Skepsis gegenüber einer internationalen Verrechnungswährung sind offenbar wesentliche Hindernisse für ein rationales Weltwährungssystem – und damit für die zwangsläufige Demonetisierung des Goldes. Solange einem internationalen „Kunstgeld“ – als ob Geld je etwas „Natürliches“ gewesen wäre – mit Mißtrauen begegnet wird, müssen aber alle Versuche scheitern, die währungspolitische Bedeutung des Goldes abzubauen. Wer heute eine Goldpreiserhöhung als Reformvorschlag ausgibt, verwechselt offensichtlich Reform mit Restauration. kö

Bundesanstalt für Arbeit

Finanzprobleme durch Arbeitsförderungsgesetz

Die Bundesanstalt für Arbeit ist in einen finanziellen Engpaß geraten. Nach einem Fehlbetrag von 895,5 Mill. DM im Haushalt für 1971, der eine Verringerung der Rücklage auf 4,81 Mrd. DM am 31. 12. 1971 nach sich zog, wird trotz der Erhöhung des Beitragssatzes von 1,3 auf 1,7% am 1. Januar 1971 für dieses Jahr erneut mit einem Defizit und mit einem weiteren Abbau der Reserven gerechnet. Aufgrund dieser angespannten Finanzsituation wurde die Forderung nach einer baldigen Anhebung der Beitragssätze auf die gesetzlich vorgesehene Höchstgrenze von 2% laut.

Bevor man sich jedoch dieser bequemen Lösung zuwendet, sollte man zunächst die Ausgaben einer kritischen Betrachtung unterziehen. Die Gesamtausgaben erhöhten sich 1971 gegenüber dem Vorjahr um 1,06 Mrd. DM. Davon entfielen allein 837,8 Mill. DM auf sogenannte Leistungen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, die eine Höhe

von 1,85 Mrd. DM erreichten. Hinter diesem Begriff verbergen sich die Aufwendungen für die Förderung beruflicher Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Sie stellen die Hauptursache für die mißliche Finanzlage dar.

Nun kann zwar keinesfalls die Notwendigkeit einer Förderung der Weiterbildung und Umschulung von Arbeitnehmern angezweifelt werden, die entweder eine geringe berufliche Qualifikation besitzen oder von Strukturkrisen bedrohte Berufe ausüben. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat jedoch ergeben, daß die Möglichkeiten des Gesetzes insbesondere von höher qualifizierten Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden. Hier erhebt sich nun mit Recht die Frage, ob es Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit sein kann, mit den Geldern der Beitragspflichtigen die persönliche Karriere einzelner zu fördern. In anderen Bildungsbereichen werden außerdem ähnliche Aufgaben wie die mit dem Gesetz verfolgten vom Staat wahrgenommen.

Entwicklungshilfe

Unzureichende Bilanz 1971

Die OECD-Statistiker haben für 1971 ein Entwicklungshilfevolumen der OECD-Mitgliedsländer in Höhe von fast 18 Mrd. US-\$ ermittelt. Darunter stehen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 6,8 Mrd. US-\$ an erster Stelle, gefolgt von Japan mit 2,1 Mrd. US-\$ und der Bundesrepublik Deutschland mit 1,9 Mrd. US-\$.

Diese Zahlen täuschen jedoch nur große Leistungen vor: Alle Industrieländer haben 1971 nämlich weniger als 1% ihres Bruttosozialprodukts für die Dritten Länder aufgebracht und damit eine allgemein erhobene Forderung für die zweite Entwicklungsdekade nicht erfüllt. Die BRD stellte lediglich 0,8% des BSP zur Verfügung, von denen 50,2% auf private Leistungen zurückzuführen sind. Darunter machten Exportkredite in Höhe von 1,4 Mrd. DM den größten Posten aus. Diese Form der Entwicklungshilfe steht jedoch schon seit langem im Mittelpunkt der Kritik, und es mehren sich die Stimmen, in Zukunft nicht mehr Exportkredite zur Entwicklungshilfe zu zählen. Einen entsprechenden Beschluß forderten auch die Entwicklungsländer in Santiago, ohne damit jedoch durchzudringen.

Noch unzureichender waren die Entwicklungshilfeleistungen auf dem Gebiet der Handels- und Währungspolitik, wie es das Ergebnis der Dritten Welthandelskonferenz in Santiago zeigte. Den Wünschen der Entwicklungsländer standen nur unverbindliche Zusagen und offene Absagen der Industrieländer gegenüber. Bei dieser Sachlage

hat es aus der Sicht der Länder der Dritten Welt wenig Sinn, wenn sich die Industrieländer gegenseitig Vorwürfe über eine zu geringe Entwicklungshilfe machen. Die Entwicklungsländer wollen vielmehr, daß die Industrieländer größere Anstrengungen unternehmen, damit das Jahr 1972 mit einer besseren Bilanz abgeschlossen werden kann.

US-Osthandel

Zunehmende Liberalisierung

Zum ersten Mal werden die USA in großen Mengen Weizen in ein sozialistisches Land exportieren. Während Nixons Moskaubesuch wurde ein Abkommen über umfangreiche Getreidelieferungen an die Sowjetunion unterzeichnet, aufgrund dessen die UdSSR innerhalb von drei Jahren Getreide im Werte von 750 Mill. \$ aus den USA beziehen kann. Über die Lieferung eines ausgesprochen strategischen Gutes, eine Bodentation für Satelliten für 2,9 Mill. \$, hat der amerikanische Konzern RCA einen Vertrag mit der VR China geschlossen. Und die Occidental Petroleum Corporation und die UdSSR planen eine Kooperation bei der Produktion von Chemikalien, Düngemitteln, der Metallverarbeitung und der Abfallvernichtung; außerdem sollen gemeinsam sowjetische Erdöl- und Erdgasquellen erschlossen werden.

Nachdem die Regierung der USA einen Liberalisierungsprozeß gegenüber den sozialistischen Ländern eingeleitet hat, nutzt die Wirtschaft die neugeschaffenen Möglichkeiten im Osthandel. Während in der Vergangenheit z. B. Getreide als strategisches Gut proklamiert und das Verhalten Frankreichs und Kanadas, die bisher die wichtigsten Getreidelieferanten für die sozialistischen Staaten waren, mißbilligt wurde, sind heute entsprechende Geschäfte für die amerikanische Wirtschaft möglich. Offensichtlich schwenkt die USA nun auch auf den von den europäischen Ländern zu Beginn der 60er Jahre eingeschlagenen Liberalisierungskurs ein.

Gegenstand und Laufzeit der Abschlüsse lassen vermuten, daß nicht nur wahltaktische Motive eine Rolle spielen, sondern daß sich langfristige Änderungen in der amerikanischen Osthandelspolitik anbahnen. Die neue Politik der USA wird selbstverständlich nicht ohne Konsequenzen für die anderen westlichen Industrieländer bleiben. Denn das amerikanische Interesse am Osthandel kommt den eigenen Bemühungen der RGW-Staaten entgegen, das im Westhandel liegende politische Risiko zu minimieren. Deshalb werden vor allem die wichtigen Partner der Staatshandelsländer wie Großbritannien, Japan, die BRD, Frankreich und Italien sich auf einen intensiveren Wettbewerb im Ostgeschäft einstellen müssen.